

Antrag

der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP

Die Trennung privater und dienstlicher Belange bei der Förderung der STIPHTUNG CHRISTOPH SONNTAG GmbH

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. über die Details des „Arbeitsessens“ vom 3. Mai 2017, jedenfalls unter Nennung des Ortes des Arbeitsessens, der Uhrzeit des Beginns und des Endes des Arbeitsessens, der an diesem Essen teilnehmenden Personen und deren Funktionen, der Höhe der Bewirtungskosten sowie der aus den Bewirtungsbelegen resultierenden Menge an konsumierten Getränken jeweiliger Art;
2. ob es üblich ist, dass zwischen einem Projekt gewidmeten „Arbeitsessen“ (am 3. Mai 2017 erfolgt) und der Einleitung weiterer offizieller Maßnahmen über ein Jahr vergeht (am 14. Mai 2018 erfolgt), in dem es offenbar lediglich ein, am 12. Dezember 2017 geführtes, Telefonat zwischen dem Minister Lucha und Herrn Sonntag über das Projekt erfolgte;
3. wie sie sich erklärt, dass die Aussagen nicht nur von der Noch-Ehefrau von Herrn Sonntag, sondern auch von ihm selbst im Widerspruch zu der Version von Minister Lucha stehen, namentlich bei der Beschreibung des Zustandekommens des Projekts im Vorstellungsvideo der STIPHTUNG CHRISTOPH SONNTAG GmbH, der „Aussage von Herrn Sonntag in einer Mail vom 14. März 2019 an die Landeszentrale für politische Bildung“ (zitiert aus der Antwort zu Ziffer 2 der Drucksache 16/6668);
4. weshalb es nach Worten von Herrn Sonntag an Minister Lucha den „Mut“ des Ministers für die Projektförderung bedurfte, wenn doch das Projekt konform mit den Förderrichtlinien erteilt worden sein sollte und das Anliegen der Demokratieförderung unter jungen Menschen breiter politischer Konsens ist;
5. ob sie unverändert an der Auffassung festhält, dass es sich beim SMS-Verkehr zwischen Minister Lucha und Herrn Sonntag, in dem letzterer darüber berichtet, dass „unser Projekt läuft“ und sich für „Dein(en) (Anm.: Minister Luchas) Mut in jeder Hinsicht“ bedankt, um „private Kommunikation“ und „private SMS“ (zitiert aus Antworten zu Ziffer 6 und 7 der Drucksache 16/6686) handelt, die gegenüber dem Parlament und den Strafverfolgungsbehörden nicht vorgelegt werden sollte;
6. ob es nach ihrer Auffassung überhaupt dienstlichen SMS-Verkehr zwischen Minister Lucha und Herrn Sonntag gab;
7. welche Regelungen für die dienstliche und private Nutzung von mobilen Kommunikationsgeräten für Minister Lucha gelten, insbesondere mit Blick auf die private Nutzung dienstlicher Geräte und die dienstliche Nutzung privater Geräte;
8. inwieweit diese Regelungen in Bezug auf die Kommunikation mit und über Christoph Sonntag beziehungsweise die Projekte eingehalten wurden, auch unter Angabe, inwieweit die vorgenannte Kommunikation mit dienstlichen oder privaten Geräten erfolgte;

9. welche Beweissicherungsmaßnahmen des erfolgten Kommunikationsverkehrs, etwa über E-Mail, SMS, Schriftverkehr, Whatsapp und ähnliches, zwischen Minister Lucha und Herrn Sonntag, darunter auch der nach Ansicht von Herrn Minister Lucha privaten Kommunikation, durch Herrn Minister Lucha und sein Ministerium für den Fall getroffen wurden, dass ein Vorlageersuchen der Ermittlungsbehörden oder des Landtags, beispielsweise im Rahmen eines Untersuchungsausschusses, erfolgt.

16.08.2019

Dr. Rülke, Haußmann, Hoher, Weinmann, Reich-Gutjahr FDP/DVP

Begründung

Die Argumentation der Landesregierung wirft weitere Fragen auf.